

# Schweiz

## Der Kanton Genf garantiert den höchsten Mindestlohn der Welt

Der Kanton Genf garantiert den höchsten Mindestlohn der Welt. Er liegt bei 23.150 Franken pro Jahr, was einem Monatslohn von 1.929 Franken entspricht. Dies ist der höchste Mindestlohn weltweit.

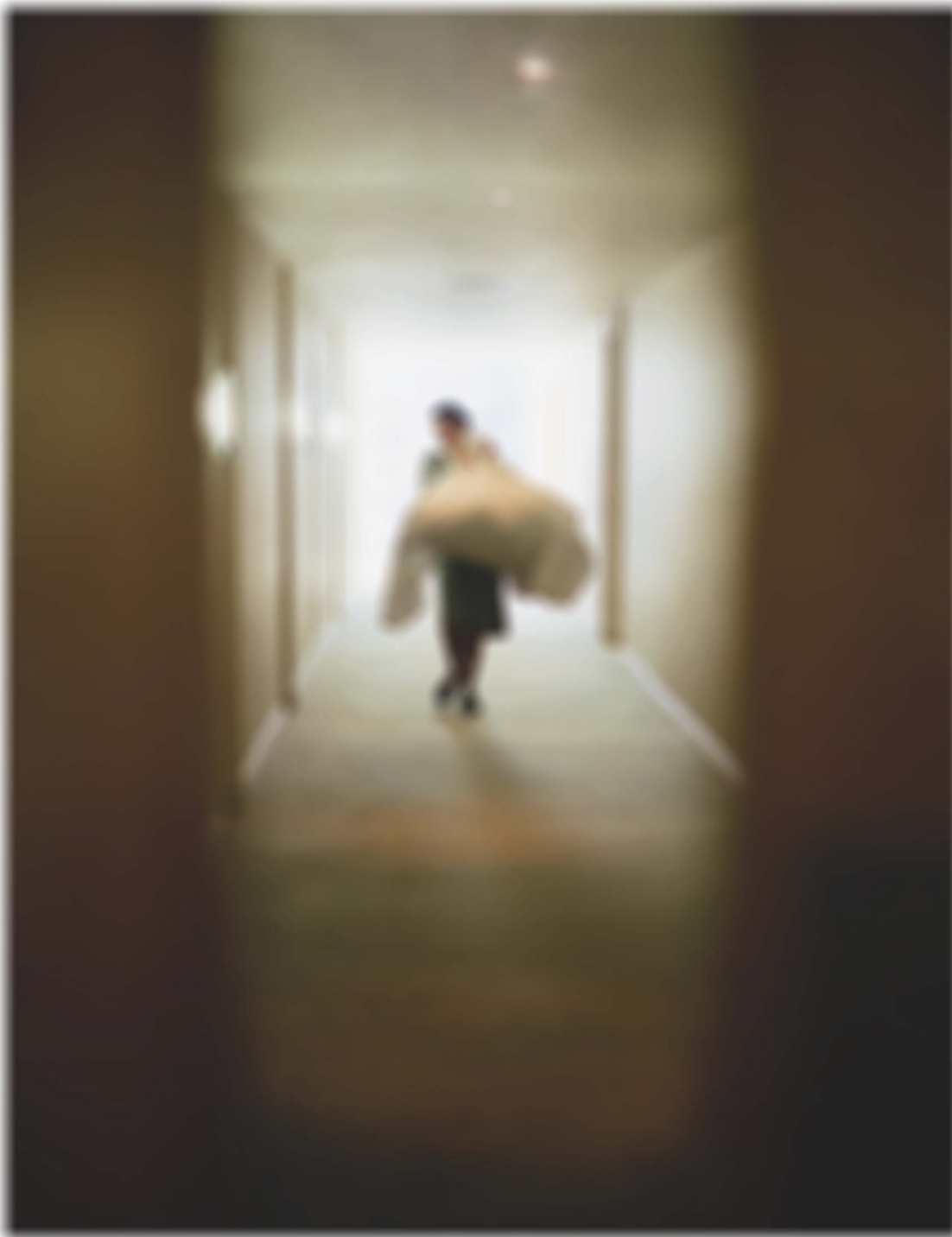
Wichtig ist, dass...

Die Gewerkschaften sind sehr zufrieden mit dem neuen Mindestlohn. Sie hoffen, dass dies zu einer Erhöhung der Löhne in anderen Branchen führen wird.

Die Regierung des Kantons Genf hat den Mindestlohn auf 23.150 Franken pro Jahr festgelegt. Dies ist ein Rekordwert für die Schweiz.

Die Entscheidung wurde im Juli 2020 getroffen. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Armut und der Ungleichheit.

Die Gewerkschaften sind sehr zufrieden mit dem neuen Mindestlohn. Sie hoffen, dass dies zu einer Erhöhung der Löhne in anderen Branchen führen wird.



Ein Arbeiter trägt einen Koffer mit seinen Sachen in einem Gang.

Die Gewerkschaften sind sehr zufrieden mit dem neuen Mindestlohn. Sie hoffen, dass dies zu einer Erhöhung der Löhne in anderen Branchen führen wird.

Die Regierung des Kantons Genf hat den Mindestlohn auf 23.150 Franken pro Jahr festgelegt. Dies ist ein Rekordwert für die Schweiz.

Die Entscheidung wurde im Juli 2020 getroffen. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Armut und der Ungleichheit.

Die Gewerkschaften sind sehr zufrieden mit dem neuen Mindestlohn. Sie hoffen, dass dies zu einer Erhöhung der Löhne in anderen Branchen führen wird.

Die Regierung des Kantons Genf hat den Mindestlohn auf 23.150 Franken pro Jahr festgelegt. Dies ist ein Rekordwert für die Schweiz.

Die Entscheidung wurde im Juli 2020 getroffen. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Armut und der Ungleichheit.

Die Gewerkschaften sind sehr zufrieden mit dem neuen Mindestlohn. Sie hoffen, dass dies zu einer Erhöhung der Löhne in anderen Branchen führen wird.

Die Entscheidung wurde im Juli 2020 getroffen. Sie ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Armut und der Ungleichheit.

### Genfer Gewerkschaften fordern Erhöhung des Mindestlohns

Die Gewerkschaften in Genf fordern eine Erhöhung des Mindestlohns auf 23.150 Franken pro Jahr. Sie argumentieren, dass dies notwendig ist, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erhalten.

Die Regierung des Kantons Genf hat den Mindestlohn auf 23.150 Franken pro Jahr festgelegt. Dies ist ein Rekordwert für die Schweiz.

### Die Gewerkschaften fordern Erhöhung des Mindestlohns

Die Gewerkschaften in Genf fordern eine Erhöhung des Mindestlohns auf 23.150 Franken pro Jahr. Sie argumentieren, dass dies notwendig ist, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu erhalten.

Die Regierung des Kantons Genf hat den Mindestlohn auf 23.150 Franken pro Jahr festgelegt. Dies ist ein Rekordwert für die Schweiz.

## Berner Ja zu mehr Transparenz gibt Schub in anderen Städten

**Politikfinanzierung** Fast 90 Prozent Ja-Stimmen: Dieses klare Verdikt bringt weitere pendente Projekte im ganzen Land vorwärts.

Eine Deutlichkeit, die es in Demokratien nur selten gibt: Die Bevölkerung der Stadt Bern hat ein Reglement zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen mit 88,4 Prozent Ja-Stimmen angenommen. FDP und SVP hatten die Vorlage, die von der SP initiiert und von Exekutive und Legislative der Stadt verabschiedet worden war, bekämpft, ebenso die Wirtschaftsverbände. Die Gegner haben gar ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das der Stadt Bern die Legitimation absprach, in diesem Bereich zu legiferieren. Ohne Erfolg.

Die Promotoren der Initiativen auf eidgenössischer Ebene und in den Kantonen sind sehr zu-

frieden. SP-Nationalrätin Nadine Masshardt hofft auf zusätzlichen Schub für die eidgenössische Transparenzinitiative, die vielleicht schon 2021 an die Urne kommt. Masshardt ist Co-Präsidentin des Trägervereins der Initiative. Das Bundesparlament tut sich schwer mit Transparenzforderungen: Soeben hat der Nationalrat einen Gegenvorschlag abgelehnt. «Nach dem Berner Entscheid zeigt sich einmal mehr deutlich, dass die Parlamentarier am Volk vorbeipolitisieren», sagt Masshardt.

### SP Basel wartet Wahlen ab

Bern hat nun als erste Schweizer Stadt ein Offenlegungs-Reglement, weitere könnten folgen. In

Basel hat die SP schon mehrere Versuche im Parlament unternommen, ein Vorstoss eines SP-Grossrats wurde 2018 abgelehnt, ebenso ein abgeschwächter Versuch 2019. Für einen dritten Anlauf wartet die SP, bis die kantonalen Wahlen Ende Oktober vorüber sind. «Je nachdem werden wir es dann nochmals auf parlamentarischem Weg versuchen oder ein Volksbegehren in Erwägung ziehen», sagt Livia Diem, Parteisekretärin der Basler SP.

In Zürich freut man sich über das Berner Resultat. «Wir werden das Thema auch angehen und jetzt entsprechende Gespräche führen», sagt Liv Mahrer, Präsidentin der SP Stadt Zürich. Damit könnte sie beim Bündnis-

partner Erfolg haben. Auch die Grünen der Stadt Zürich prüfen eine solche Initiative, wie Präsident Felix Moser sagt, ebenso die Alternative Liste. Man werde mit Partnern sondieren, ob weitere Vorstösse zum Thema eingereicht werden sollen, sagt Vorstandsmitglied Marco Toscano. Ideal wäre nach seiner Ansicht, wenn das Vorhaben in einer grossen Koalition kantonal umgesetzt würde und die neuen Regeln auf den Wahlzyklus 2022 bis 2024 hin in Kraft treten könnten.

Die Transparenzinitiative sei «ein Thema, das uns am Herzen liegt», sagt Nicolas Cavalli, Co-Präsident der Grünliberalen Stadt Zürich. Selber aktiv werden ist nicht geplant, doch die GLP

würde eine Unterstützung jederzeit prüfen.

Auch in den Kantonen sind Transparenzregeln auf dem Vormarsch. Schwyz, Freiburg, Schaffhausen, Genf, Neuenburg und das Tessin kennen sie bereits. Überrascht hatte der Volksentscheid im bürgerlichen Kanton Schwyz, der vor wenigen Jahren eine Initiative der Jungsozialisten für Transparenz in der Politikfinanzierung angenommen hatte.

### Im Wallis ist CVP Urheberin

Zug und Wallis könnten die nächsten Kantone sein, die folgen. Das Wallis ist dabei besonders interessant: Denn hier gab die CVP den Anstoss für eine

Transparenzregelung, während die nationale Mutterpartei sich gegen die Initiative stellt. Gerade kürzlich hat der Walliser Grosse Rat eine Motion der Christdemokraten mit 99 zu 25 Stimmen angenommen, die verlangt, dass die politischen Parteien bei Abstimmungs- und Wahlkämpfen Einblick in ihre Bücher geben. Opposition kam von der SVP, die von unnötiger Bürokratie und Kosten sprach. Motionär Sidney Kamerzin hingegen sagte im Rat, der Stimmbürger solle im Wissen darüber, wer welche Parteien und Kampagnen finanziere, abstimmen und wählen können.

**Claudia Blumer** und **Tina Fassbind**